

GASTKOMMENTAR

Ein Benefit für jene, die wirklich etwas zum Erhalt der Umwelt beitragen – für einen ökologischen Kommunitarismus

Die Debatte um unseren ökologischen Fussabdruck wird nicht konsequent genug geführt. Heute kann, wer Geld hat, es sich leisten, die Umwelt zu belasten oder zu schonen. Ärmere aber haben oft wenig Wahl. Die Frage des Ressourcenverbrauchs ist daher eine soziale Frage. Es müsste einen Ausgleichsmechanismus geben.

Leander Scholz
17.6.2019, 05:30 Uhr

Ich bin 1969 geboren und in einer Zeit aufgewachsen, in der die Welt in zwei Blöcke geteilt war. Mein Vater ist als junger Mann aus der DDR geflohen. Eines Nachts hat er heimlich die Wohnung seiner Eltern verlassen, ist nach Ostberlin gereist und hat die Grenze überquert. In der BRD musste er in ein Sammellager und dann für einen niedrigen Lohn auf einem Bauernhof arbeiten. Später hat er als Bergmann in einem Stollen tief unter der Erde schwarze Kohle gefördert. Als ich fünf Jahre alt war, sind wir in ein kleines Dorf gezogen, an den westlichen Rand der Republik. Meine Mutter stammte von dort. Von diesem Dorf aus ist mein Vater über dreissig Jahre lang jeden Tag in die gleiche Fabrik gependelt. Erst als einfacher Arbeiter, dann als Schichtführer und zuletzt als technischer Angestellter.

ANZEIGE

Mein Vater war Mitglied der Gewerkschaft und hat SPD gewählt. Wir Kinder interessierten uns dagegen für Umweltschutz. Uns haben das Waldsterben, das Ozonloch und die Katastrophe von Tschernobyl bewegt. Wir waren gegen Atomkraft und das Abschachten der Robben. Im ganzen Haus hatten wir Aufkleber an den Zimmertüren angebracht, auf denen Indianer-Sprüche über die Weisheit der Natur und die Dummheit der Menschen standen. Wir drängten darauf, dass wir alle keine Spraydosen mehr benutzten. Meinen Vater konnten wir davon überzeugen, kein Trinkwasser mehr zum Autowaschen zu verwenden. Und das Pflanzenschutzmittel für unseren Garten wurde auch zum Tabu. Meine Eltern haben die Aufkleber nie entfernt, selbst als wir schon lange ausgezogen waren.

Nur dreimal mit dem Flugzeug

Obwohl ihn das nie interessiert hat, war die Ökobilanz meines Vaters deutlich besser, als unsere jemals sein wird. In seinem ganzen Leben ist er nur dreimal mit dem Flugzeug geflogen. Er war stets äusserst sparsam, hat uns immer ermahnt, das Licht auszuschalten, wenn wir nicht in unseren Zimmern waren. Und geheizt wurde sowieso nur so viel wie nötig. Die Askese meines Vaters war nicht dem Umweltschutz geschuldet. Er hasste es, wenn man den Sachen schon beim Kauf ansehen konnte, dass sie nicht besonders lange halten würden. Wenn wir forderten, alle Menschen müssten ihre Lebensweise ändern, verspottete er uns als «Ökos». Er fand uns konsumistisch. Und damit hatte er recht.

Die beste Ökobilanz haben immer die Armen. Ihr Konsum ist prinzipiell begrenzt und ihre Mobilität meistens eingeschränkt.

Heute ist das ökologische Gewissen längst zum Merkmal sozialer Distinktion geworden. Die einen legen grossen Wert auf hochwertige Ernährung und kaufen nur Biolebensmittel. Die anderen greifen bei den Sonderangeboten in den Supermärkten zu, die sich nicht selten durch viel Fett und Zucker auszeichnen. In der gegenwärtigen Konsumwelt werden alle Bedürfnisse klassenspezifisch befriedigt. Umweltfreundliche Waren, vom unbedenklichen Holzspielzeug bis zum fairen Kleidungsstück, sind zum Markenzeichen für besonders wertvolle Individuen geworden. In der Hierarchie der Produkte bilden sie die neue Oberschicht. Meine Mutter war Hausfrau. Sie kümmerte sich um uns Kinder, den Haushalt und den Gemüsegarten. Sie kochte meistens das, was in unserem Garten wuchs. Auch ihre Ökobilanz war besser, als unsere jemals sein wird.

Wer genug Geld hat, kann es sich leisten, die Umwelt zu belasten oder zu schonen. Es ist in das Belieben der Wohlhabenden gestellt, sich so oder so zu verhalten. Wer es sich finanziell erlauben kann, fährt ein grösseres Auto, hat mehr Wohnfläche, konsumiert mehr und macht weitere Reisen. Und selbst wenn das Auto umweltschonend sein sollte, das Haus energieeffizient ist und die Reisen bei ökologisch orientierten Anbietern gebucht werden, ist die Lebensweise insgesamt alles andere als klimaneutral. Die beste Ökobilanz haben immer die Armen. Ihr Konsum ist prinzipiell begrenzt und ihre Mobilität meistens eingeschränkt. Und wenn die Verbrauchspreise aus ökologischen Gründen steigen, sind sie es, die den grössten Anteil aufbringen müssen. Während die Bessergestellten bloss etwas mehr für die Umwelt ausgeben, wird ihr Lebensstandard direkt abgesenkt. Das ist die tiefe Ungerechtigkeit, für die sich die ökologische Bewegung nie wirklich interessiert hat.

Nicht Waren, Gemeinschaftsgüter

Unverschmutzte Atemluft, reines Trinkwasser und eine unbelastete Umwelt sind keine Waren, sondern Gemeinschaftsgüter. Jede und jeder hat das gleiche Anrecht auf sie. Sie sollten niemandem gehören und allen im gleichen Mass zur Verfügung stehen. Dennoch lassen wir es zu, dass manche mehr davon verbrauchen dürfen und mehr davon verschmutzen dürfen als andere. Mit Geld kann man sich offenbar nicht nur Dinge und Dienste kaufen, sondern auch das Recht, die Umwelt der anderen zu belasten, ohne sie dafür entschädigen zu müssen. Und je nachdem ist im Preis noch ein Abschlag für das gute Gewissen enthalten. Oft wird behauptet, dass es einen Zielkonflikt zwischen ökologischen und sozialen Anliegen gebe. Dabei hängen sie viel enger zusammen, als das in den Forderungen der ökologischen Bewegung zum Ausdruck kommt. Meist sind es die ärmeren Schichten, die den doppelten Preis zahlen, nämlich sowohl was ihre Gesundheit angeht als auch hinsichtlich der Lasten.

Die ökologische Bewegung hat in der Vergangenheit zu sehr auf das ökologische Bewusstsein gesetzt. Anstelle eines ökologischen Individualismus brauchen wir einen ökologischen Kommunitarismus. Was allen zusteht und niemandem gehört, kann nicht der individuellen Willkür überlassen werden. Statt moralischer sind politische Lösungen nötig. Wenn die, die sich ein ökologisches Gewissen leisten können, denen gegenüber, die dazu nicht in der Lage sind, auch noch als die besseren Menschen erscheinen, ist es nicht verwunderlich, dass die ökologischen Forderungen von einem Teil der Bevölkerung zunehmend abgelehnt werden. Denn zu den zahlreichen Belastungen kommt dann bloss eine weitere hinzu, die abhängig von der eigenen Lebenslage jeweils ein völlig anderes Gewicht haben kann. Wir brauchen ein radikal anderes Modell.

Bei Umweltbelastungen im Bereich wirtschaftlicher Unternehmungen hat sich längst ein Prinzip der Gerechtigkeit durchgesetzt, das bereits Ende der sechziger Jahre entwickelt wurde, auch wenn es erst sehr viel später verwirklicht worden ist. Dabei wird jedem Unternehmen ein Recht auf eine bestimmte Menge an Emissionen zugeteilt. In Fällen, in denen die Menge nicht ausgeschöpft wird, lässt sich das verbriefte Recht verkaufen. Umgekehrt müssen Unternehmen, die mehr als die festgesetzte Menge an Emissionen haben, die entsprechenden Rechte dazu erwerben. Weltweit gibt es inzwischen eine ganze Reihe solcher Handelssysteme, darunter das grösste der Europäischen Union und das kleinste der Schweiz. Bei manchen werden nur Stromerzeuger und Industriebetriebe erfasst, andere beziehen hingegen auch Gebäude und die Landwirtschaft mit ein.

Mit Velofahren Geld verdienen

Übertragen auf die Bürgerinnen und Bürger, würde das bedeuten, dass jedem eine begrenzte Umweltbelastung in bestimmten Bereichen zusteht. Wer ein Auto fahren möchte, das die Umwelt besonders belastet, müsste sich die Emissionsrechte dazu von jemandem kaufen, der den Wert unterschreitet. Wer nur Fahrrad fährt, könnte damit gewissermassen Geld verdienen. Jeder hätte einen Anreiz, sein Leben so einzurichten, dass das Gemeinschaftsgut einer unbelasteten Umwelt berücksichtigt wird. Die Kalkulationen des eigenen Erfolgs würden dann wahrscheinlich anders aussehen als unter den jetzigen Bedingungen. Und der Ausgleich der Lasten wäre gerechter, als es derzeit der Fall ist. Denn die Kosten, die jetzt unberücksichtigt anderen aufgebürdet werden, würden in solchen Modellen in das eigene Handeln eingerechnet werden müssen.

GASTKOMMENTAR

Ankunft des demokratischen Kindes – die Familie als Übungsstätte eines neuen Zusammenlebens

Manfred Schneider / 22.12.2018, 05:30



Im Unterschied zur Forderung, die Verbrauchspreise insgesamt für alle zu erhöhen, wäre das nicht nur effizienter, sondern würde auch die mitnehmen, die in der ökologischen Bewegung keine Stimme haben. Auch ergäbe sich vermutlich ein ganz anderes Bild hinsichtlich der Frage, welche Lebensstile lediglich die ökologisch angesagten und welche die tatsächlich sinnvollen sind. Ein ökologischer Kommunitarismus würde nicht die bevorzugen, die sich moralisch absichern, sondern die unterstützen, die wirklich etwas zum Erhalt einer unbelasteten Umwelt beitragen.

Auch wenn ein solches Modell derzeit noch nicht realistisch erscheint, sind bereits jetzt entscheidende Schritte in diese Richtung möglich, zum Beispiel ein Freibetrag beim Energieverbrauch. Erst bei erhöhtem Verbrauch wären dann auch entsprechende Abgaben zu zahlen. Solche Regelungen, bei denen ein Grundumsatz ausgenommen wird, liessen sich leicht auch in anderen Bereichen einführen. Das wäre ökologisch und sozial gerecht. Umweltschutz könnte so zur Quelle einer gemeinschaftlichen Erfahrung werden und nicht zur Heraushebung eines stark individualisierten Milieus.

Leander Scholz, Jahrgang 1969, lebt als Schriftsteller und Philosoph in Berlin. 2018 ist bei Hanser erschienen: «Zusammenleben. Über Kinder und Politik».

KOMMENTAR

Was ist liberale Umweltpolitik?

Michael Schoenenberger / 4.5.2019, 05:30



Wie der Kapitalismus vor sich selbst gerettet wird

Gerald Hosp / 13.12.2018, 05:30



GASTKOMMENTAR

Alle nennen sich liberal, aber niemand handelt so

Silvio Borner / 23.9.2015, 20:49

Newsletter NZZ am Abend

Erfahren Sie, was heute wichtig war, noch wichtig ist oder wird! Der kompakte Überblick am Abend, dazu Lese-Empfehlungen aus der Redaktion. [Hier können Sie sich mit einem Klick kostenlos anmelden.](#)

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.